

Mit Zwang gegen Personalmangel

An der Waffe oder im Pflegeheim: CDU will »allgemeine Dienstpflicht«

Susan Bonath

Trotz massiver Werbung in Schulen, Jobcentern und im öffentlichen Raum: Sieben Jahre nach der Aussetzung der Wehrpflicht klagt die Bundeswehr über einen Mangel an Rekruten. Zugleich leiden Beschäftigte im sozialen Sektor unter Niedriglöhnen und Arbeitsüberlastung durch Personalnotstand. CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer will beide Fliegen mit einer Klappe schlagen. Eine einjährige »allgemeine Dienstpflicht« für Frauen und Männer soll her – entweder an der Waffe oder in Pflegeheimen, Kliniken und anderen sozialen Einrichtungen.

Kramp-Karrenbauer geht damit auf Wünsche aus ihrer Partei ein. Ende dieses Jahres wolle die CDU die Einführung einer »allgemeinen Dienstpflicht« auf ihrem Parteitag als »Leitfrage« beschließen und 2020 in ihrem neuen Grundsatzprogramm verankern, hieß es. Dass es nicht um die »Wehrpflicht alten Zuschnitts« geht, stellte am Montag der verteidigungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, klar. Eine solche »hilft uns bei den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht weiter«, mahnte Otte in einer Mitteilung. Für eine leistungsfähige Bundeswehr seien motivierte junge Menschen nötig, »die längere Zeit bei der Truppe bleiben und komplexe Technik bedienen können«. Diese bräuchten Karriereperspektiven, angemessene Vergütung und gesellschaftliche Anerkennung.

Eine »allgemeine Dienstpflicht« für alle, also wahlweise »in sozialen Bereichen oder bei der Feuerwehr«, sei aber etwas anderes, so Otte. »Dadurch könnte sich ein stärkeres Bekenntnis zu unserem Land entwickeln und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden«, orakelte der CDU-Abgeordnete. Er empfahl, das Thema zu prüfen, um »grundsätzliche juristische Hürden« zu beseitigen. Auch bei anderen CDU-Funktionären stößt der Vorschlag auf offene Ohren.

Der Diskussionsbedarf sei groß, twitterte CDU-Sprecherin Christiane Schwarte. Für Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl geht es vorrangig »um die Chance für junge Menschen, nach der Schule und vor der eigentlichen Arbeit etwas besonders Sinnstiftendes in der Welt getan zu haben«, sagte er der Funke-Mediengruppe. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer will so »Herausforderungen im Sozialwesen und bei der Landesverteidigung bewältigen«, sagte er der *Bild*. Sein CDU-Parteifreund Oswin Veith, Abgeordneter im Bundestag, wünscht sich eine größere Altersspannbreite von 16 bis 35 Jahren. Man müsse eine Reservearmee mit 30.000 Reservisten aufstellen, mahnte Veith gegenüber *Bild*. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg hob den Dienst an der Waffe noch stärker hervor. Vor sieben Jahren habe sich der Verzicht auf die Wehrpflicht noch vertreten lassen. Seither sei »die Welt unsicherer geworden«. »Vor allem für die Verteidigung des eigenen Landes brauchen wir die Wehrpflicht wieder«, zitierte ihn die *FAZ*.

Sympathien findet der CDU-Vorstoß auch beim Koalitionspartner. Das bekräftigte der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), am Wochenende im Interview mit *Bayerischen Rundfunk*. Doch ein Pflichtdienst sei »schon ein ziemlicher Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von jungen Menschen«. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Fritz Felgentreu, bedauerte gegenüber dem *Deutschlandfunk*: »Zwangsdienste verstoßen, soweit ich weiß, gegen die europäische Menschenrechtskonvention.« Im Grunde aber sei es sinnvoll, von Jugendlichen zu erwarten, der Gesellschaft etwas zurückzugeben, so Felgentreu.

Während die Grünen keine Lösung im Zwangsverordnen sehen, die Linksfraktion vor allem das Wiedereinsetzen der Wehrpflicht als »Zurück ins letzte Jahrhundert« bezeichnete und die FDP bei der Kosten-Nutzen-Abwägung gespalten ist, können die Freunde von Militär und Arbeitsdienst auf rechtsaußen bauen. Sowohl die Wehrpflicht als auch gemeinnützige Pflichtarbeit, allerdings für Langzeiterwerbslose, sind Teil des AfD-Parteiprogramms. Deren Fraktionschef

Alexander Gauland schlug am Montag in einer Erklärung verbal auf alle Kritiker ein: »Wer gegen die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ist, schadet Deutschland«, wettete er.

<https://www.jungewelt.de/artikel/337404.cdu-vorstoß-mit-zwang-gegen-personalmangel.html>